

**Haushaltsrede der Kreistagsfraktion der „Freien Wähler“ zur
Beratung des Haushaltsplanentwurfs 2010 am 16. November 2009
in der Hermann-Schwab-Halle in Winnenden,
von Bürgermeister Gerhard Häuser, Schwaikheim**

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
werte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

im Rahmen der alljährlichen Haushaltsberatungen sind wir
aufgerufen, die kreispolitischen Ziele für die nächsten Jahre zu
formulieren.

Die Finanzkrise und die Vereinbarungen zum Koalitionsvertrag führen
uns wieder deutlich vor Augen, wie stark wir von der Bundes- und
Landesgesetzgebung sowie der konjunkturellen Entwicklung abhängig
sind.

Ganz besonders müssen wir die Finanzsituation der Städte und
Gemeinden in unsere Überlegungen einbeziehen.

Finanzielle Situation der Städte und Gemeinden

Durch die Bundestagswahl vom 27. September hat sich
zwischenzeitlich eine neue Bundesregierung gebildet.

In den Vereinbarungen zum Koalitionsvertrag sind erhebliche
Steuersenkungen eingeplant.

Diese Überlegungen sind vom Grundsatz her zu begrüßen.

Bei den aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen sind solche Maßnahmen nicht umsetzbar sondern verschärfen die Finanzsituation der Städte und Gemeinden und damit auch die des Landkreises zusätzlich.

Nach den Berechnungen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes müssen die Kommunen im Jahr 2010 Ausfälle von 3,6 Milliarden Euro verkraften, wenn die Pläne der neuen Bundesregierung Wirklichkeit werden.

Dies verschärft die ohnehin schon katastrophale Lage der Kommunen weiter.

Die neuen Steuerausfälle nimmt den Städten und Gemeinden die Luft zum Atmen.

Auch ohne die Steuerpläne sind die Kommunen in der schwierigsten finanziellen Situation seit vielen Jahren.

Durch die Konjunkturkrise sind die Einnahmen beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuer eingebrochen.

Hinzu kommen die gestiegenen Ausgaben im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe.

Eine aktuelle Umfrage bei den Städten und Gemeinden des Rems-Murr-Kreises hat ergeben, dass von den 14 Kommunen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, 12 Städte und Gemeinden nicht in der Lage sind, ihren Verwaltungshaushalt, also den laufenden Betrieb, mit laufenden Einnahmen zu finanzieren, sondern dies mit Krediten tun müssen.

Die Fehlbeträge betragen bis zu 19 Millionen Euro.

Soweit meine Ausführungen zur finanziellen Situation der Leistungserbringer für die Kreisumlage – den Städten und Gemeinden.

Gesundheitswesen

Das zentrale Thema im Rems-Murr-Kreis in den vergangenen Jahren war das Gesundheitswesen – und dies wird es in den nächsten Jahren auch bleiben.

Das jährliche Betriebsdefizit der Rems-Murr-Kliniken von durchschnittlich 10 Mio. Euro hat den Kreistag zum Handeln gezwungen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14. Juli 2008 in der Schwaikheimer Gemeindehalle beschlossen, in Winnenden ein neues Krankenhaus der Zentralversorgung zu bauen und die Krankenhäuser in Backnang und Waiblingen zu schließen.

Die beschlossene Kostenobergrenze für das Neubauvorhaben von 266 Mio. Euro werden wir genau im Auge behalten und fordern auch weiterhin die regelmäßige Unterrichtung des Kreistags über die bauliche Entwicklung und deren Kosten.

Mit den Städten Waiblingen und Backnang ist die Frage der Nachnutzung zeitnah zu klären.

Für Backnang liegt für ein Gesundheitszentrum bereits ein konkretes Konzept vor.

Die Stadt Waiblingen befindet sich dazu noch im Meinungsfindungsprozess, ist aber mit Nachdruck an der Arbeit.

Es gilt aber für die gesamten Areale mit insgesamt 5,4 Hektar tragfähige Konzepte für die Nachnutzung zu erarbeiten.

Hier ist auch der Kreis gefordert.

Das Budget für die Projektorganisation der Nachnutzungskonzepte mit 280.000 Euro halten wir für angemessen und tragen deren Hauptfinanzierung in den Haushaltsjahren 2010 und 2011 mit.

Der Rems-Murr-Kreis und die Kreisbaugesellschaft Waiblingen haben im Jahr 2004 die Rems-Murr Gesundheitsgesellschaft, kurz RMG, gegründet.

Ziel dieser Gesellschaft ist die Sicherung und Weiterentwicklung der medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Versorgung und der erforderlichen Infrastruktur.

Das erste Projekt, das Gesundheitszentrum Schorndorf, hat sich bereits als voller Erfolg erwiesen.

Die notwendigen Beschlüsse für die bauliche Erweiterung sind bereits gefasst.

Auf dem Gelände der neuen Klinik in Winnenden ist ebenfalls die Errichtung eines Gesundheitszentrums vorgesehen.

Die niedergelassenen Fachärzte, vorwiegend aus dem Raum Winnenden, haben sich bereits zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen.

Die enge Kooperation zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich führen aus unserer Sicht zu Synergieeffekten, die sowohl den

Patientinnen und Patienten wie auch den Kostenträgern zugutekommen.

In diesem Zusammenhang danken wir der Kreisbaugesellschaft Waiblingen und deren Geschäftsführer Dirk Braune sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Kreisbau hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Partner des Landkreises und der Kommunen weiterentwickelt und bietet neben den klassischen Aufgabenstellungen auch ein modernes Portfolio neuer Dienstleistungen an.

Hierfür herzlichen Dank.

Öffentlicher Personennahverkehr

Tourismusbahn Schorndorf-Welzheim

Die Reaktivierung und der Betrieb einer Tourismusbahn von Schorndorf über Rudersberg nach Welzheim ist eine wichtige touristische und strukturelle Maßnahme mit Wirkung in den ganzen Schwäbischen Wald, den Rems-Murr-Kreis und weit in die Region hinein.

Der Kreistag hat daher in den zurückliegenden Jahren beschlossen, sich mit einem Investitionskostenzuschuss in Höhe von 552.000 Euro an den Gesamtkosten zu beteiligen.

Gleichzeitig hat der Kreistag in seiner Sitzung am 19. Mai 2003 auch beschlossen, zum laufenden Betrieb sowie zur weiteren Ertüchtigung der Bahnlinie keine Zuschüsse zu gewähren.

Entgegen den bisherigen Annahmen rechnet die Stadt Welzheim als Mehrheitsgesellschafter der Schwäbischen Waldbahn GmbH mit einem Betriebskostenabmangel von 75.000 Euro pro Jahr.

Damit die Tourismusbahn im Jahr 2010 auf die Schiene gesetzt werden kann sind wir grundsätzlich bereit, wie vorgeschlagen einen Anteil des Landkreises für die Betriebsführung und das Marketing in Höhe von 17.700 Euro pro Jahr, begrenzt auf 2 Jahre, zu übernehmen.

Allerdings stellen wir fest, dass notwendige Zukunftsmaßnahmen zur Unterhaltung der Strecke aufgezeigt werden, die von der Stadt Welzheim zu tragen sind.

Es handelt sich dabei um folgende Maßnahmen:

1. Stahlbrücke Oberndorf

150.000 Euro

2. Strümpfelbachviadukt
100.000 Euro
3. Wieslauftalviadukt
120.000 Euro
4. Gewölbe Renkenbach und Daukenbach
15.000 Euro
5. Lokschuppen Bahnhof Welzheim
200.000 Euro

In der Gesamtsumme sprechen wir hier von Kosten in Höhe von 585.000 Euro bis zum Jahr 2015.

Selbst wenn man den wohl nicht unbedingt erforderlichen Lokschuppen abzieht, verbleiben Kosten in Höhe von 385.000 Euro. Wir gehen davon aus, dass sich an der Kostentragung dieser Maßnahmen nichts ändert und beantragen, eine entsprechende Formulierung in den Beschlussantrag für Drucksache im Umwelt- und Verkehrsausschuss und Kreistag mit aufzunehmen, damit sich niemand dem Vorwurf aussetzen muss, man würde mit einer Salami-Taktik arbeiten.

Wir, die Fraktion der Freien Wähler, sind bereit, das Projekt Tourismusbahn weiter mitzutragen.

S-Bahn-Ringschluss Marbach-Backnang

Das Thema S-Bahn-Ringschluss Marbach-Backnang war bereits Gegenstand meiner Haushaltsrede im Jahr 2005.

Wir freuen uns, dass im Jahr 2010 der erste Spatenstich für diese Maßnahme endlich erfolgt.

Besonders die Räume Backnang, Burgstetten und Kirchberg/Murr werden von diesem Projekt profitieren.

Im Sinne des Ausbaus des Öffentlichen Personennahverkehrs halten wir den Finanzierungsanteil des Landkreises in Höhe von 1,1 Mio. Euro für bestens angelegtes Geld.

Behinderten- und familiengerechter Ausbau der S-Bahn-Stationen

Eine unendliche Geschichte ist der behinderten- und familiengerechte Ausbau der S-Bahn-Stationen im Landkreis.

Als Bürgermeister der Gemeinde Schwaikheim freue ich mich natürlich ganz besonders, dass endlich auch der Schwaikheimer Bahnhof an der Reihe ist, dessen Ausbau schon vor vielen Jahren zugesichert war.

Unzählige Schreiben haben wir verfasst, fertige Planungen lagen vor Jahren schon vor und wurden im Gemeinderat beraten.

Ich hoffe, dass sich am jetzigen Zeitplan nichts mehr ändert und der behinderten- und familiengerechte Ausbau der Bahnhöfe in Schwaikheim und Grunbach Anfang 2010 erfolgt.

Ihnen, sehr geehrter Herr Landrat, danke ich an dieser Stelle ganz persönlich.

Sie haben uns hier wesentlich unterstützt.

Maßnahmenkonzept Amoklauf in Winnenden

Aufgrund der furchtbaren Amoktat hier in Winnenden keine 200 Meter entfernt von unserem heutigen Tagungsort und in Wendlingen hat der Kreistag ein Maßnahmenpaket beschlossen, das wir inhaltlich voll unterstützen.

Wir können dadurch zwar keine ähnliche Tat gänzlich verhindern, aber doch weniger wahrscheinlich machen.

Wir sehen insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit einen Ansatzpunkt für Verbesserungen.

Als Beitrag des Landkreises für den Ausbau der Schulsozialarbeit in den Kommunen sind im vorliegenden Planwerk 200.000 Euro enthalten.

Wir fordern die Kreisverwaltung dringend auf, einen Vorschlag für die Kriterien dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen, damit die Städte und Gemeinden eine Grundlage für ihre Konzeptplanung haben.

Straßen

Mit der Freigabe des 2. Abschnitts der B14-Umfahrung Winnenden konnte in diesem Jahr eine sehr wichtige Straßenbaumaßnahme seiner Bestimmung übergeben werden.

Die Ortsdurchfahrten in der Raumschaft Winnenden, Leutenbach und Schwaikheim haben dadurch eine erhebliche Entlastung erfahren.

Bereits nach der Fertigstellung des 1. Abschnitts haben wir in Schwaikheim eine Verkehrsreduzierung von bis zu 37% feststellen können.

Wir fordern den zügigen Ausbau der B 14 bis Backnang und die Realisierung des Autobahnzubringers bis Mundelsheim.

Eine verkehrstaugliche Verbindung zwischen der B 27 bei Ludwigsburg und der B 14/B29 bei Waiblingen halten wir ebenfalls für dringend erforderlich.

Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf wurde erstmalig unter den Gesichtspunkten des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens aufgestellt.

Wir danken unserem Kreiskämmerer Herrn Karsten und seinem gesamten Team sehr herzlich.

Schließlich sind wir einer der ersten Landkreise, die das Haushaltswesen auf Doppik umgestellt haben.

Vielen Dank auch für die interessante Einführung in die neue Materie im Rahmen einer Schulung.

Selbst mir als ehemaligem Kämmerer und Leiter einer Finanzverwaltung fällt es nicht immer leicht, sich in der neuen Systematik zurechtzufinden.

Verbesserungsvorschläge

Seitens unserer Fraktion möchten wir für eine effizientere Arbeitsweise von Verwaltung und Kreistag zwei Vorschläge unterbreiten bzw. Anregungen geben.

Zum Einen bitten wir die Verwaltung bei den Sitzungen des Kreistags und seiner Ausschüsse auf das reine Vorlesen der Verwaltungsdrucksachen zu verzichten.

Dadurch werden die Sitzungen nur unnötig verlängert ohne dass ein Kenntnisgewinn damit verbunden ist.

Falls erforderlich halten wir es für ausreichend, in zusammenfassender Form das Wesentliche vorzutragen.

Und zum Anderen bitten wir unsere Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen darum, das Einfordern von Berichten einzuschränken bzw. auf sehr wichtige Angelegenheiten zu reduzieren. Ein großer Verwaltungsapparat wird immer mehr damit beschäftigt, ganze Bücher von Berichten für den Kreistag zu erarbeiten. Selbstverständlich soll damit das Informationsrecht der Mitglieder des Kreistags nicht eingeschränkt werden.

Aber vielleicht könnten Sie sich damit einmal auseinandersetzen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung wären Ihnen sicher dankbar, weil sie dann mehr Zeit für ihre wichtigen Aufgaben zur Verfügung hätten.

Höhe der Kreisumlage

Über die Höhe der Kreisumlage haben wir uns in der Fraktion intensiv Gedanken gemacht.

Aufgrund der Eingangs meiner Rede geschilderten finanziellen Situation der Städte und Gemeinden sind wir zu dem Ergebnis

gekommen, dass wir einer weiteren Erhöhung der Kreisumlage nicht zustimmen können und deswegen eine Kreisumlage wie im Jahr 2009 von 151,5 Mio. Euro vorschlagen müssen.

Dies entspricht einem Kreisumlagehebesatz von 34,0 Prozentpunkten.

Wir wissen selbstverständlich auch, dass die finanzielle Situation des Landkreises - insbesondere im Bereich der nicht beeinflussbaren Ausgaben wie z.B. den Sozial- und Jugendhilfeausgaben - sich ebenfalls verschlechtert hat.

Im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen dem Landkreis und den Kommunen schlagen wir deshalb eine Steigerung der Kreisumlage um rund 5,6 Mio. Euro vor, das einem Kreisumlagehebesatz von 35,25 Prozentpunkten entspricht und erheben dies zu unserem Antrag.

Zur Deckung schlagen wir vor, den Ansatz für die Grunderwerbsteuer um 1,0 Mio. Euro auf 15,5 Mio. Euro zu erhöhen sowie globale Minderausgaben beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand mit 1,1 Mio. Euro und bei den Personalausgaben mit 1,0 Mio. Euro zu veranschlagen.

Gleichzeitig sollen die Einnahmeverbesserungen aus der November-Steuerschätzung mit 0,25 Mio. Euro herangezogen werden.

Die vorgeschlagenen und im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Sanierungsmaßnahmen bei den Liegenschaften in Höhe von 1,5 Mio. Euro tragen wir mit.

Für weitere zusätzliche Sanierungsmaßnahmen sehen wir keine Möglichkeit und zwar nicht, weil wir deren Notwendigkeit nicht sehen

–ganz im Gegenteil-, sondern weil wir eine weitere Verschuldung nicht in Kauf nehmen wollen.

Aufgrund der dann eintretenden zusätzlichen Belastungen für Zins und Tilgung würde dies den Finanzspielraum in den nächsten Jahren weiter einengen.

Geld, das nicht da ist, können wir auch nicht ausgeben.

Schlusswort

Das Jahr 2009 war für uns alle wiederum ein sehr arbeitsreiches Jahr. Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Landrat Fuchs, für Ihren herausragenden Einsatz und die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Nachdem dies ihre letzte Haushaltsberatung als Kreiskämmerer ist, möchte ich mich bei Ihnen, sehr geehrter Herr Karsten, im Namen meiner Fraktion ganz herzlich für ihre engagierte und hervorragende Arbeit bedanken.

Vielen Dank auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für ihr großes Engagement in diesem Jahr.

In diesem Sinne stehen wir von der Fraktion der „Freien Wähler“ auch künftig für eine sachbezogene Arbeit zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises und seiner Städte und Gemeinden.

